

# Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr 10—12

Dezember 1960

2 Schilling

## Liebe Freunde!

Überschauen wir die letzten zwölf Monate, dann sind wir als Sozialisten über die Leistungen des Jahres 1960 erstaunt und beglückt zugleich. Wir sind stolz und freuen uns, denn wir sind der Erfüllung eines Zieles, von dem unsere Pioniere träumten, wieder um einen Schritt näher gekommen. Die Rentenreform mit den vielen Verbesserungen, die im Parlament beschlossen wurde, sichert allen, die nicht mehr arbeiten können, einen Lebensabend ohne Hunger. Die gesetzlichen Verbesserungen für Mutter und Kind erleichtern es den Eltern, ihre Kinder zu lebensfrohen und tüchtigen Menschen heranzuziehen. So kommt unsere Partei mit reichen Gaben in jedes Haus, zu jeder Familie, ob die Menschen zu unserem Kreis gehören oder uns fernstehen. Darüber ist unsere Freude ebenso groß wie unsere Dankbarkeit.

Als Freiheitskämpfer sind wir jedoch zutiefst bedrückt, weil wir auch diesmal, außer unserem Gruß, wieder nichts auf den Gabentisch legen können. Das Gesetz über die Wiedergutmachung hat das Parlament noch nicht passiert, die Verhandlungen sind nicht abgeschlossen. Die Frage ist noch immer offen, wann die jahrelangen Versprechungen gegenüber den Opfern des Faschismus und deren Hinterbliebenen endlich erfüllt werden. Für uns ist dies besonders schmerzlich, denn wir wissen, welche Opfer um der Freiheit willen gebracht worden sind. Unsere Genossen waren zu jeder Zeit Bauarbeiter einer neuen, einer besseren Welt, die im Entstehen ist — und die kommt, ob es die anderen wollen oder nicht. Opfer ohne Zahl sind gebracht worden, als es gefährlich war, sich als Sozialist zu bekennen und zu betätigen. Erhobenen Hauptes gingen sie lieber in den Kerker, als daß sie ihrer Gesinnung — wie man es forderte — untreu geworden wären. Trotzig haben sie mit ihren Leidensgenossen in der Zelle gesungen:

„... Und sperrt man mich ein im finsternen Kerker,  
das alles sind rein vergebliche Werke,  
denn meine Gedanken zerreißen die Schranken und Mauern entzwei,  
die Gedanken sind frei!“

Idealismus und Begeisterung haben die Schranken zerrissen, die Mauern entzweigeschlagen und den Grundstein zur Freiheit, zur Zweiten Republik, gelegt! Wir erneuern heute unser Versprechen, Wortführer für diejenigen zu bleiben, die alles wagten, damit Demokratie und Freiheit in unserem Lande wiedererstehen konnten.

Wir werden aber auch weiter wachsam sein, damit diese Freiheit und diese Demokratie nicht angetastet werden, nie und von niemandem, und wir wissen, daß man dafür Tag für Tag mit ungebrochenem Elan und zäher Beharrlichkeit kämpfen muß. Vor allem wird es eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, der Jugend, die ja unseren durch Jahrzehnte geführten Kampf gegen Faschismus und Diktatur oft nur noch vom Hörensagen kennt, und da oft ganz entstellt und verfälscht, die Bedeutung der Tatsache vor Augen zu führen, daß man sich der Freiheit wirklich nur dann erfreuen kann, wenn man täglich von neuem für sie kämpft.

Möge das kommende Jahr wieder ein Jahr friedlichen Aufbaues werden, möge sich die Freundschaft, die unsere kleine Gruppe umschließt, über die ganze Welt verbreiten.

**Niemals vergessen!**

# Über den verbrecherischen Charakter der SS

(Fortsetzung und Schluß\*)

Da ist zunächst das orthodoxe Festhalten an der Legende von den „höheren“ und „niederen“ Rassen, wobei die höhere (bei Lanz von Liebenfels noch „asisch“, nicht arisch, genannt) zum Herrschen geboren ist, während die Minderrassigen (Lanz von Liebenfels nennt sie „Äfflinge“) entweder zur Sklavenarbeit oder zur physischen Ausrottung bestimmt sind. „Es ist eine Schande“, schreibt der völkische Sektierer in seiner „Ostara“ im Jahre 1906 (!), „daß asische Menschen niedrige Arbeiten verrichten müssen.“ Und prophetisch fügt er hinzu: „Es wird der Tag kommen, wo man... Prämien auf ihre Zeugung setzen wird (gemeint sind die reinrassigen Arier beziehungsweise »Asinge«), ebenso wie der Tag, da man die Mischlingsbrut vom Erdboden wird hinwegtilgen müssen.“

Mit Recht hat Wilfried Daim in seinem Buch über Lanz von Liebenfels die Theorie aufgestellt, daß Hitler viele seiner Ideen — vor allem die Rassenirrhlehre — aus den „Ostara“-Heften, die er während seines Wiener Aufenthaltes gelesen haben dürfte, übernommen hat, ohne jemals diese Quelle anzugeben. Es muß nur hinzugefügt werden, daß keine Gliederung der Nazipartei von diesen Ideen sosehr durchdrungen war wie die SS.

In dem Kapitel „Von politischen Kindern zu Totenkopftägern“ zitiert Kurt Hirsch folgenden Ausspruch Heinrich Himmlers, der wie ein greller Blitz die verbrecherische Herrenmenschenideologie der SS beleuchtet:

**Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht... Das ist das, was ich dieser SS einimpfen möchte und — wie ich glaube — eingimpft habe...<sup>1)</sup>**

Kurt Hirsch bringt noch weitere dokumentarische Beweise für die auch von Professor Kogon<sup>2)</sup> und anderen gemachte Feststellung: Wenn es sprachlich möglich wäre, eine Steigerung des Begriffes „nazistisch“ vorzunehmen, dann müßte die SS als die „nazistischeste“ Organisation (Kogon und Hirsch sprechen von einem „Orden“) innerhalb der Nazibewegung bezeichnet werden. Alle Verbrechen, die diese Bewegung begangen hat — vor allem die Vergasung von sechs Millionen Juden —, sind keine Entartung einer ursprünglich nicht-kriminellen Idee, sondern die logische Kon-

sequenz jener Herrenmenschen-Ideologie, die bei der SS in geradezu klassischer Form anzutreffen ist.

## Das sexualpathologische Moment

Unter den völkischen Sektierern wie Lanz von Liebenfels dürfte es kaum einen sexuell normal veranlagten Menschen gegeben haben. Der glühende Haß gegen die „Minderrassigen, die das blonde germanische Weib schänden“, der in allen ihren Lehren einen breiten Raum einnimmt, weist auf eine gestörte, wenn nicht völlig pervertierte Sexualität hin.

Nicht von ungefähr wurde in den „Ostara“-Heften die Abbildung einer Skulptur von E. Fremiét: „Geraubt“, besonders häufig veröffentlicht. Sie zeigt ein äffisches Ungeheuer, das damit beschäftigt ist, ein nacktes blondes Mädchen zu verschleppen.

Psychologen, Psychiater und Psychoanalytiker haben wiederholt darauf hingewiesen, daß sich hinter diesem krankhaften Haß gegen die „Rassenschänder“ und gegen die „Rassenschande“ ein sexueller Minderwertigkeitskomplex verbirgt, der auch bei den Negerverfolgungen in den USA eine große Rolle spielen dürfte. Der seine Männlichkeit überbetonende Rassist hat in Wirklichkeit schlotternde Angst vor dem etwas anders aussehenden männlichen Rivalen (Juden, Neger usw.), dem er eine fast übermenschliche sexuelle Potenz und geheimnisvolle Verführungskünste zutraut.

Zwischen diesem sexualpathologischen Moment und den Lehren von der „Reinhaltung der Rasse“ besteht ein nicht zu übersehender Zusammenhang: Im Namen der Rassenreinheit wird der gefährliche Rivale ausgeschaltet. Die zur Zuchtstute degradierte Frau gehört jenen Männern, die sich selbst zu Herrenmenschen, zu Angehörigen einer höheren Rasse, ernannt haben. Bei der Wahl des Geschlechtspartners spielen daher menschliche und erotische Faktoren keine Rolle mehr: Der Stammbaum tritt an die Stelle des Werbens um das andere Geschlecht. Der unsichere, an seiner sexuellen Anziehungskraft zweifelnde, sich vor einer Niederlage fürchtende Herrenmensch hat damit den Anspruch auf das „blonde germanische Weib“ erworben. Und dieses Weib hat ihm Kinder zu gebären — im Namen der „Rasse“, die mehr bedeutet als erotische Sympathien und Antipathien.

Die engen Zusammenhänge zwischen Homosexualität und Rassenlehre sind nach der Erschießung des Homosexuellen Röhm und anderer SA-Führer im Jahre 1934 eingehend untersucht worden. Allerdings steht die weitverbreitete, bis in die höchsten Führungsspitzen der NSDAP reichende Homosexualität in einem

<sup>\*)</sup> Vgl. „Der sozialistische Kämpfer“, Jgg. 1960, Nr. 7—9, November 1960, S. 4.

<sup>1)</sup> Himmler am 4. Oktober vor einer Gruppe von SS-Führern in Posen. Die Rede ist schriftlich dokumentiert und auf Schallplatten aufgenommen.

<sup>2)</sup> Eugen Kogon: „Der SS-Staat“, Verlag der Frankfurter Hefte, 1947. Siehe auch: Karl O. Paetel: „Die SS“, ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1954; Gerald Reitlinger: „Die SS“, Verlag Kurt Desch, München 1956.

unüberbrückbaren Gegensatz zu den imperialistischen Aspirationen des SS-Adels, der Soldaten und Offiziere des Herrenvolkes braucht. Dies erklärt die rücksichtslose Bekämpfung der Homosexuellen durch die SS und die nicht weniger rücksichtslose Förderung der Geburten mit allen, auch den widerwärtigsten Mitteln.

Kurt Hirsch bringt schon bekanntes, aber in seiner Untersuchung übersichtlich geordnetes Material über diese Seite der SS-Mentalität. Wir wollen uns mit der Wiedergabe seiner Schlußfolgerungen begnügen:

Das Beispiel der Lebensborn-Ziele beweist, daß es sich bei der SS nicht um irgendeine nationalsozialistische Organisation gehandelt hat, sondern daß dem Orden Himmlers die weltanschauliche Betreuung der Menschen von der Wiege bis zum Sarg oblag. Das heißt, in die Praxis des braunen Alltags umgesetzt, oblag es ihr, politisch getarnte Bordelle zum Zweck der nordischen Aufzucht und zur Schaffung eines „Neugermanentums“ einzurichten. Es oblag ihr aber auch, die Vernichtung rassisch Minderwertiger und politischer Gegner in den Todesmühlen des Dritten Reiches durchzuführen.

Es wäre verfehlt, in der versuchten Aufzucht nordischer Kinder und in den sorgfältig geplanten und rationellst durchgeführten Massenmorden an jüdischen Kindern nur eine sadistische Barbarei zu sehen. Nein, das war die Praxis jener nationalsozialistischen Theorien, mit deren Durchführung die SS als nationalsozialistische Eliteeinheit folgerichtig betraut worden war.

In weiteren Kapiteln schildert Kurt Hirsch, was schon vor ihm oft geschildert wurde, aber nicht oft genug in das Bewußtsein einer zu rasch vergessenden Menschheit eingemurmert werden kann: Mit welcher beispiellosen Bestialität die SS ihre hilflosen Opfer gedemütigt, gefoltert und ermordet hat.

Und er widerlegt das weitverbreitete Märchen, daß die Waffen-SS mit diesen Greueltaten nichts zu tun gehabt habe, weil sie bloß ein „Teil der Wehrmacht“ gewesen sei. Auf Grund authentischer Dokumente wird nachgewiesen, daß die Einheiten der Waffen-SS nicht nur im Fronteinsatz waren, sondern auch fleißig mitgefoltert und mitgemordet haben. Das gilt

natürlich nicht für jeden einzelnen, der bei diesen Formationen, vielleicht nicht immer freiwillig, gedient hat. Aber es trifft auf jeden Fall für die höheren Offiziere zu, die es an verbrecherischer Aktivität mit ihren Kollegen von der allgemeinen SS aufnehmen konnten. Kurt Hirsch beschäftigt sich aber nicht nur mit der Bewältigung einer noch immer nicht bewältigten Vergangenheit, sondern untersucht auch die brennend aktuelle Frage: Was ist aus der „Teufels schwarzer Garde“ nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches geworden? Sind die Nazilieder grölenden SS-Veteranen, deren Treiben wir an der Spitze dieses Artikels anprangerten, bloß eine häßliche Entgleisung oder eine ernste Gefahr für die Demokratie?

Von 1945 bis 1950 war von den SS-Leuten kaum etwas zu hören. In diesen fünf Jahren saßen sie entweder in einem Lager oder begannen mit dem Aufbau einer neuen, meist gutbürgerlichen Existenz. In den Jahren 1950 und 1951 beginnt die politische Aktivität der SS-Verbände und der übrigen Soldatenbünde.

Sie haben sich eine ganz besondere Haltung zurechtgelegt, die man als die des „unverstandenen Frontsoldaten“ bezeichnen könnte. Ständig wird darauf hingewiesen, daß die SS-Verbände im zweiten Weltkrieg einen europäischen Charakter gehabt haben und ihr Einsatz ein „Kampf um Europa“ gewesen sei.

Der Verfasser macht darauf aufmerksam, daß dieser faschistische Europäismus, der auch bei den anderen Soldatenbünden eine Rolle spielt, in den Kameradschaftsverbänden der ehemaligen SS-Angehörigen am stärksten ausgeprägt ist. Die Sprache, die in den Reihen dieser Unverbesserlichen gesprochen wird, ist bezeichnend.

Hier liegt die eigentliche Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf: Des Teufels schwarze Garde versucht, eine Brücke zu schlagen, die die Hitlersche Vergangenheit mit den weltpolitischen Spannungen der Gegenwart, vor allem mit dem Ost-West-Gegensatz, verbindet.

## Die Legende des Nicolas Bernuy

Jetzt, wenn wir uns der Tiefe des Winters nähern, das Wetter immer düsterer wird und die Tage immer kürzer werden, erinnern wir uns einer aufblitzenden Szene. Es war gar keine Szene, nur ein Bild, es sahen auch nur wenige zu — wer hätte damals schon Zeit gehabt, sich lange umzuschauen? Es war aber wie ein den brodelnden Nebel durchbrechender momentaner Sonnenstrahl — zwischen den zerschnittenen Drähten und zerschlagenen Schlagbäumen, inmitten der Flut der flüchtenden Masse, jedem gegenüberstehend, eine aufstrahlende glatte Stirn, der felsenartig stehende Soldat in unbekannter Uniform, der einzige Soldat, der aus dem Westen kam, um mit seinen zwei Fäusten und seinem Karabiner zu helfen.

Er war der einzige Freiwillige Westeuropas; die westliche Streitmacht in Ungarn — der Schweizer Soldat.

Es wußten nur wenige von ihm, wie hätten auch mehrere von ihm gewußt, als jene Vereinzelten, die ihn unmittelbar gesehen haben? Aber eine kurze amtliche Depesche blendete seine Figur auf: „Die österreichischen Grenzposten legitimierten in den Abendstunden einen auffallend gekleideten Mann an der ungarischen Grenze. Der Betreffende ist Schweizer Staatsbürger: er ist in der Uniform der Schweizer Armee, mit Mütze und Rucksack, bewaffnet in Ungarn erschienen, um sich den kämpfenden ungarischen Aufständischen anzuschließen, um ihnen zu helfen, das Vordringen der Sowjets zu verhindern. Er wurde festgenommen. Seine Rückführung nach der Schweiz ist im Gange.“ Soweit das Telegramm.

Den internationalen Gepflogenheiten gemäß wurde er auch

entwaffnet, für kurze Zeit interniert, bis er durch die Polizei in seine Heimat abgeschoben wurde — auf eigene Kosten. Es ist verständlich. Er gefährdete Europas Rechtsordnung.

Der Schweizer Soldat verschwand auch unter den Wellen der Zeit, aber nicht aus dem Herzen jener, die von ihm wußten.

\*

Aber dieser Schweizer ist auch losgezogen. War er ver-rückt? Oder ein Phantast? Oder einfältig?

Es war am Sonntagmorgen dieses 4. November, er war eben dabei, sich zu rasieren, als er im Rundfunk hörte, daß in Budapest ganze Massen von Sowjetpanzern in Bewegung sind. Es wird auch auf das Kinderkrankenhaus des Weißen Kreuzes geschossen, mehr als hundert Kinder lagen unter den Trümmern im Sterben.

Seine Hand mit dem Rasierpinsel erstarrte.

Und langsam räumte er sein schon vorbereitetes dunkelblaues Sakko, sein Popelinhemd, die Sonntagskrawatte weg. Er schwieg — stumm legte er alles weg, er suchte nichts mehr, aber plötzlich waren die Sachen alle vor ihm: ein graues Hemd, das Skihemd. In diesem kann man auf die Straße gehen, nur bis zum Wagen. Alles andere muß in den Wagen eingeräumt werden.

Dann reagierte er nur noch, als ob er einen Gestellungsbefehl erhalten hätte. Aber dieser Befehl kam von innen, rätselhaft und gegen jeden. Plötzlich wußte er, daß er gehen mußte und nicht gehen dürfte. Er hatte seinen Dienstmantel schon in der Hand: Wenn die Schweiz angegriffen würde, stehen innerhalb eines Tages sechshunderttausend Männer in Waffen! Sie brauchen nur in den Schrank zu greifen, dort

# Reminiszenzen aus Schreckenstagen

Ich habe ihn nie gekannt, und doch war sein Name allgegenwärtig. Er schien wie ein feuriges Gespenst überall zu lauern. Wo sein Arm zuschlug, da blieben nur Tränen zurück. Wer seinen Namen nannte, sprach ihn flüsternd aus, mit Schrecken im Gesicht, mit Entsetzen im Blick. Der Name war Eichmann, die Zeit 1941, der Ort Berlin, die Menschen Juden, die, da die westlichen Länder ihre Grenzen zur Einwanderung nur einen Spalt geöffnet hatten, in Deutschland wie in einer Falle gefangen saßen.

Eichmann war nach Berlin gekommen, um das Martyrium der Juden zu steigern. Wir wußten damals noch nicht, daß er die „Endlösung“ anstrebte. Wir wußten nur, daß alles schlimmer würde, noch schlimmer, denn Eichmann ging der Ruf voraus, Wien bereits „judenrein“ gemacht zu haben. Vor seinen Methoden gäbe es keinen Schutz — sagten jene, die es wissen mußten. Sie waren drei Juden, die Eichmann in Wien übriggelassen hatte, damit sie ihm halfen, in Berlin das Werk dem Wiener Modell entsprechend zu vollbringen. Robert Gerö war einer von ihnen gewesen. Er hat mich oft vor unverhofften Razzien gewarnt und mir vielleicht sogar das Leben gerettet. Ich konnte ihn nicht mehr vor der Rache seiner Glaubensgenossen in Theresienstadt schützen, die ihn zu Recht oder Unrecht als Eichmanns Gehilfe gelyncht haben sollen.

Eichmann hat in der Tat „durchgegriffen“. Er hat die Berliner Gestapo zu immer neuen teuflischen Maßnahmen angestachelt. Während es vor seinem Erscheinen in Berlin zeitlich begrenzte Aktionen gegeben hatte, ließ er nie wieder den Frieden in die jüdischen Kreise Berlins einkehren.

Seine Möbelwagen, in denen er seine Opfer verfrachtete, hielten vor irgendwelchen Häusern. Wahlos zerrte man sie hinaus — Frauen, Kinder, Männer, Greise. Ihre Schreie, ihr Entsetzen müssen seine Mordlust noch angefacht haben. Die Berliner Bevölkerung sah es wohl, und ihre stumme Empörung war offenbar. Aber was scherte dies einen Eichmann. Er hatte die Macht, er räumte Kindergärten aus, er holte Blinde und Taubstumme von den Werkbänken. Und nie will mir der Anblick gerade dieser hilflosen Kreaturen in ihren Leder-schürzen aus dem Gedächtnis entweichen, die Eichmanns Söldner wie Vieh aus dem Hause zerrten. Er ließ es sich nicht nehmen, führende jüdische Persönlichkeiten selbst dem Henker zu überantworten. Lange hatte er in dem jungen begabten Vorstandsmitglied der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Dr. Conrad Cohen, den Eindruck von Vertrauen erweckt. Zum Schluß fürchtete Dr. Cohen seine Unterredungen mit Eichmann kaum noch. Dann kehrte er von einer solchen Unterredung nicht mehr zurück. Ein fehlendes Stück Seife in einer der der Reichsvertretung unterstehen-

den Einrichtungen soll Eichmann zum Anlaß für die Verhaftung Cohens genommen haben. Nur wenige Tage danach erschien Eichmanns Garde in der Reichsvertretung der Juden in Berlin fünf Minuten nach acht Uhr morgens und führte sie alle ab, die „unpünktlich“ zum Dienst erschienen waren. Am 28. Februar 1943 rasten seine Flitzer und seine Möbelwagen zum letztenmal durch Berlin. Es sollte der Tag sein, an dem Berlin endgültig „judenrein“ wurde. Aus allen Häusern und aus allen Fabriken hat man die letzten weggeholt — so, wie sie gerade waren, in der Arbeitsschürze oder im Pyjama vom Krankenbett. Ein letztes Peitschenknallen auf dem Bahnhof Grunewald, von dem jahrelang die Deportationszüge abfuhren, ein letztes Durchsuchen nach verstecktem Schmuck, ein letztes Hineinpferchen in die bereitstehenden Viehwagen zur Reise gen Osten, zur Fahrt in den sicheren Tod. Eichmann konnte sich ähnlichen Aufgaben in anderen, nunmehr unter Hitlers Herrschaft stehenden Ländern zuwenden. Aber Berlin war Eichmann zum Trotz doch nicht „judenrein“. Beherzte Berliner versteckten 5000 Juden vor Eichmann, dem Henker. Er jagte auch sie noch. In einer sogenannten „Geflitztenkartei“ waren alle Einzelheiten, alle Merkmale aufgeschrieben. Aber 1200 hielten durch, mit der uneigennütigen Hilfe von Berliner Bürgern. Wir haben Eichmann ein Schnippchen geschlagen, so wie er es 15 Jahre lang zu tun glaubte. Wir sind da, um Rechenschaft zu fordern, nicht nur für die Morde, nicht nur für die Grausamkeiten, auch für die Martern, die uns Überlebenden in den nie zu vergessenen Schreien der zum Tode geführten, seiner Gewalt überlassenen Blinden, Taubstummen, hilflosen Frauen, Kindern und Männern ewig beschweren.

1961

FREIHEIT  
FRIEDEN



hängt alles, die Uniform, der Rucksack, Munition, die Waffe. Er betrachtet den sauber gehaltenen, geschmierten Karabiner, hingebungsvoll und besitzergierig. Er hebt die Waffe zum Gesicht, aber nur, um mit der Haut die Kälte zu fühlen, den Duft des Stahls zu vernehmen. Dies ist seine Waffe, sie wurde ihm von der Heimat anvertraut; er wog sie zärtlich in der Hand, wie sein Großvater in der Zeit Gottfried Kellers.

Der Rundfunk unterbrach wieder die Musiksendung und meldete sich mit Nachrichten: Im Ringe der sowjetischen Panzer hat die Bevölkerung Budapests den Kampf aufgenommen. Die Stadt verteidigt sich verzweifelt. Die Arbeiterschaft und die Jugend führt die Verteidigung gegenüber der überwältigenden Übermacht. Oft sind ganz junge Kinder zu sehen, die mit gut gezielten Benzinflaschen sowjetische Panzer anzünden und kampfunfähig machen.

Diese Worte schlagen im neunzehnjährigen Herzen von Nicolas Bernuy Alarm. Es liegt ihm im Blut, daß die Heimat das Daheim ist. Nicht die großen „Gemeinschaften“, nicht die Strategie der interkontinentalen Angriffe interessieren ihn — dies alles ließ ihn kalt. Aber wenn die Gefahr das Tal bedroht, in dem die Bäche rauschen und die Häuser im Mondschein schlafen, dann begreift er, daß es sich um die Verteidigung des Heimes handelt.

Und das Heim ist das Ganze: Die Wurzeln, der Himmel, die Lebensform. Dort, wo aus dem Holz des bekannten benachbarten Baumes die Wiege und das in die Ewigkeit segelnde Schiff: der Sarg angefertigt werden.

Nicolas Bernuy hat die Tradition der Jahrhunderte, die angestammte Sicht der Generationen im Blut: Feind ist der, der hier einbricht. Das Tal, der Berg, der gewachsene Garten,

der Pferch, das Heim: derjenige, der hier etwas beschlagnahmen will, ist der Räuber.

So fühlte er, so sah er, so einfach und altertümlich, den Begriff der Heimat. So wollte er mit der reinen Kraft und dem Mut des wahren Herzens, mit heiliger Naivität, alles durchschneiden, was heute die Gewebe des modernen Lebens sind. Er hat es gelernt, er wußte es, daß der Wiener Kongreß seit anderthalb Jahrhunderten die ewige Neutralität seiner Heimat garantiert; es ist ein altes Papierstück, gilt aber heute noch. Aber dieses historische Pergament hat auch seinen Preis: Die Schweiz kann sich nur auf die eigene Verteidigung einrichten, sie darf nie von ihren Bergen zur Verteidigung der Freiheit der Welt herabsteigen. Die Schweiz darf ihren Söhnen den Kampf in fremden Gebieten nicht erlauben.

Bernuy wußte dies und legte den Helm zurück in den Schrank. An seiner Stelle nahm er den Bêret der Feldgendarmerie heraus (aus einer Phase seiner Rekrutenzeit) und nähte darauf eine kleine ungarische Kokarde, die er eben eine Woche vorher bekommen hatte. Mit dieser etwas sonderbaren Kopfbedeckung hatte er sich also schon etwas neutralisiert. Bernuy wußte, daß das Gesetz den bewaffneten Dienst in einer fremden Macht streng verbietet. Aber wer ist hier fremd? Und wer ist „Macht“? Er wußte, daß dieses Gesetz nur schwer auf diesen Fall angewandt werden könne. Trotzdem trennte er von seinem Mantel die Rangabzeichen ab, um sonst niemandem Schwierigkeiten zu bereiten. Alles andere blieb aber!

Flink lief er mit seinem Rucksack, in der geänderten Uniform und mit verstecktem Gewehr zu seinem kleinen, alten Topolino. In dieser verkehrten Welt war er ein Deserteur, der in den Kampf flüchtet. Er folgte einzig und allein dem

# Eine Frage ohne Antwort

Kürzlich gingen Berichte durch die deutsche Presse, nach denen es der Witwe des auf Hitlers Befehl am 8. August 1944 in Plötzensee gehenkten Generalmajors Stieff nach einem neun Jahre langen Kampf mit den Behörden und Gerichten gelungen ist, eine Hinterbliebenenrente aus der Kriegsopferversorgung zu erhalten. Der Vorgang mit dem Aktenzeichen 11 RV 812/58 ist mehr als geeignet, in die deutsche Zeitgeschichte einzugehen und einer im gewissen Sinne zeitlosen Betrachtung auch nach seiner befriedigenden Erledigung unterzogen zu werden.

Bekanntlich war das Urteil gegen den General vom Volksgerichtshof wegen Hoch- und Landesverrat erlassen worden. (Also von einem Volksgerichtshof, dessen Ankläger Lautz jahrelang eine hohe Pension erhielt. Anm. d. Red.) Es ist eine bemerkenswerte Feststellung, daß die „Rechtsakte“ des Volksgerichtshofes, anstatt von Anfang an als eine willkürliche Mörderjustiz und als Akt des Terrors einer Zusammenrottung von politischen Wegelagerern gekennzeichnet zu werden, noch einer justitiellen Prüfung und Abwägung unterliegen!

Der Fehler, der unabdingbar gemacht wurde und von gewissen Kreisen auch bewußt erstrebt worden ist, liegt darin, im „Dritten Reich“ immer noch ein rechtsstaatliches Gefüge zu sehen, das allerdings gewisse „Aus-schreitungen“ zugelassen hatte.

Bei allen Feiern zum 20. Juli wurde in Deutschland immer wieder — auch in diesem Jahr 1960 — von hohen und höchsten Vertretern der Demokratie auf die Rechtmäßigkeit der Widerstandsakte gegen das Mordregime Hitlers hingewiesen, deren Inhalt geradezu Polizeiaktionen im Dienste der Wiederherstellung des Rechtes und der Sittlichkeit genannt werden mußten.

Um so verblüffender ist die Feststellung des abgelehnten Antrages der Witwe Stieff durch das Bundes-versorgungsamt:

„Bei allen Völkern und zu allen Zeiten hat der Versuch, das Staatsoberhaupt oder die militärische Führung im Kriege zu beseitigen, die Todesstrafe erwirkt.“

Ja, noch mehr!

Es ist bemerkenswert, daß die Persönlichkeiten, die 1951 diesen Bescheid ausstellten, noch im Amt sein sollen. Das Versorgungsamt hat sogar nach einem aufhebenden Bescheid des Landessozialgerichts Bayern zugunsten der Klägerin die Rechtsansprüche der Witwe bestritten!

Es sind Fälle bekannt, in denen einfache Soldatenfrauen, deren Männer in den letzten Kriegstagen vor ihren Augen als „Deserteure“ wegen Urlaubsüberschreitung usw. erschossen wurden, keine Versorgung — weder als Soldatenwitwen noch als Verfolgte — erhielten, obwohl Kinder hinterblieben waren.

In anderen Fällen wurden politische Widerstandshandlungen und Dienstverweigerungen an unmensch-

lichen Aktionen, die zur Desertion und Illegalität führten, nicht als Entschädigungsfälle anerkannt, sondern mit dem Hinweis von Gerichten abgelehnt, „in allen Ländern würden Deserteure bestraft“.

So wird — obwohl ständig vom „Heldenmut“ derer gesprochen wird, die „die Schande nicht trugen“ — der Hinterbliebene dessen, der sich gegen die Unmenschlichkeit erhob, einer „Schuld“ ausgesetzt.

Wenn Frau Stieff neun Jahre um ihre Rente kämpfen mußte, die sie dann endlich bekam, während in vielen anderen Fällen ablehnende Urteile verblieben, so ist damit das wirkliche innere Gefüge unserer Tage gekennzeichnet. Daß die Diensttuenden von gestern — und wieder von heute — das nicht begreifen und Urteile fällen, die uns Lebenden zur Schande gereichen, ist verständlich. Unverständlich ist nur, daß solche Fakten empörungslös hingegenommen werden.

Anstatt Männern wie Stieff Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und sie zu ehren, streitet man in der Bundesrepublik mit den Angehörigen um die Versorgungsbezüge herum, den gleichen Bezügen, die man großzügig und „rechtmäßig“ den Vollstreckern des Hitler-Willens gewährt. Die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag in Bonn haben folgende Fragen vorgelegt:

1. Trifft die Feststellung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 25. Mai 1960 in der Versorgungssache der Witwe des in Verfolg der Vorgänge vom 20. Juli 1944 ermordeten früheren Generalmajors Stieff zu, wonach die verklagten Versorgungsbehörden die Ablehnung der Ansprüche unter anderem damit begründet haben, daß die damaligen Hinrichtungen „auch rückschauend betrachtet nicht offensichtlich dem heutigen Rechtsempfinden widersprechen“?
2. Wie ist es zu erklären, daß es sich für diese Art Prozeßführung verantwortlichen Beamten nicht weniger als neun Jahre leisten konnten, durch eine solche Einstellung die Teilnehmer des Attentats vom 20. Juli 1944 nachträglich zu diskriminieren und damit nachträglich die Freiberliche Terrorjustiz als auch für das heutige Rechtsempfinden vertretbar hinzustellen?

## Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Inge Deutschkron, Hein Hamacher (Köln), Joseph Hindels, Rosa Jochmann, Wilhelm Krell, Oskar Passauer, Rudolf Trimmel sowie ein Genosse, der seinen Beitrag nicht gezeichnet hatte.

Ferner bitten wir um Nachsicht, daß bei den Mitarbeitern der letzten Nummer unser Genosse Oskar Philipp nicht genannt worden ist.

Befehl seines Gewissens. Er rekrutierte niemanden, sagte zu niemandem etwas. Er tat nichts anderes als das, was jeder andere Schweizer in seinem Herzen verbarg.

Als er dann in seinem alten, wackeligen Auto die ungarische Grenze erreichte, zog er seine Uniform an. Er stand da, mit der sonderbaren Mütze auf dem Kopf, sein Mantel flatterte im Novemberwind, und sein Karabiner schlug ungeduldig hin und her. Er war verstört, er war seit Jahrhunderten in keiner wirklichen Schlacht.

So stand er auf dem herbstlichen Stoppelfeld zwischen den zerschnittenen Drähten des eisernen Vorhanges, bis zu den Knien im sich senkenden Nebel, der neue Don Quijote, der einzige aus Leben und Traum geborene Rekrut der westlichen Welt — ein Schweizer Soldat.

Und Don Quijote ließ seinen Rosinante-Topolino stehen und begann zögernd, landeinwärts zu gehen. Sein Herz flog noch, aber seine Stiefel hielt schon der schwere ungarische Lehm zurück. Er suchte nach den Aufständischen. Aber nur die Krähen krächzten über den ausgestorbenen Feldern. Wo ist ein Wegweiser? Und wenn es keinen gibt, wo ist dann der Weg?

So finster ließ sich dieser November auf das Land nieder wie nie zuvor. Zwischen den Hügeln wehte ein nach Dünger riechender Puftwind. Don Quijote atmete diesen Wind schwer ein; alles ist schwer hier, bleiern schwer; der Lehm, der Rauch, der Geruch des geronnenen Blutes. Er lag in dem dichten Dunkel der Nacht, ein Hügel schützte ihn, und er klammerte sich an sein Gewehr. Daheim wurde er Sechzehnjähriger Schützenkönig, der erste von viertausend, mit Silbermedaille ausgezeichnet. Er dachte jetzt an die Jungens, an ihre mittelalterlichen Mützen, an die wirbelnden Trom-

meln, an den Gesang und an das Echo der Berge; an die jungen Herzen, die den Schweizer Frühling bilden. Mögen sie nie erfahren, was hinter den Bergen ist. Don Quijote erwartete auch in dem ungarischen Epos Fahnen und den Rákócziarmee. Jetzt macht es nichts aus, daß die Finsternis und die Kälte weh tun, dies ist die Realität. Aber als dann die Schollen sich in Bewegung setzen, die Schatten und dumpfe Rufe, wie ein auferstehender Friedhof, Wagenräder quietschen, da entdeckt Don Quijote, daß alles vorbei ist, dies sind schon die Flüchtlinge der bleifarbenen Morgen-dämmerung. Die kleinen Feldfunkgeräte senden ihre letzten Botschaften und Bitten noch an den Westen, aber alles ist vorbei, alles ist zu Ende, Ende, Ende...

Und wie er da steht, gegenüber dem tragischen Strom, nimmt er seine Mütze ab, und seine Stirn leuchtet im Sonnenschein auf. Die Menschen, Frauen und Kinder, betrachten Don Quijote, sie betrachten ihn wie eine Erscheinung, den westlichen Soldaten. Sie kommen ganz nahe, sie bestaunen ihn. Jemand sagt etwas verzichtend, Don Quijote versteht es nicht, aber fühlt, was jener sagt: Zu spät... Und dann beginnen die Tränen aus den blauen Augen zu strömen. Irgend jemand gibt ihm einen Kuß. Fuhrwerke bringen Verwundete — hier ist schon die Grenze. Weiß und sonderbar sauber steht hier eine ganze Reihe Rotkreuzwagen — mit Schweizer Lieferungen: Milchpulver und Blutkonserven zur Lebensrettung. Die Ärzte nehmen sie schon mit und öffnen sie.

Don Quijote steht nur in seiner strahlenden Jugend und fühlt sich so alt und so verspätet, anstatt Blutkonserven brachte er sein lebendiges Herz hierher. Und niemand braucht es mehr. Zu spät.

## Merkwürdige Prozesse

Das Landgericht München hat den seinerzeitigen stellvertretenden Reichspressechef der Nazi, Helmuth Sündermann, „mangels Beweisen“ freigesprochen. Die Anklage gegen ihn war erhoben worden, weil er in der notorisch neofaschistischen Zeitschrift „Nation Europa“ die Bundesrepublik Deutschland als „west-deutsches Narrenhaus“ bezeichnet hatte.

Sündermann hatte die Aufrollung der in den Konzentrationslagern verübten Greuelthaten in „Schubladenprozessen“ kritisiert und war ein Fürsprecher des wegen seiner Massenmorde berüchtigten KZ-Arzt Eisele, der sich durch die Flucht nach Ägypten der Justiz entziehen konnte.

Eisele hatte die Stirn, aus seinem Zufluchtsland, das seine Auslieferung verweigert, beim deutschen Bundesverwaltungsgericht eine Klage gegen die deutsche Bundesregierung einzureichen, weil die deutsche Botschaft in Kairo die Gültigkeit seines Reisepasses für seine Rückkehr nach Deutschland (die er wohlweislich nicht antreten wird!) auf drei Monate beschränkt hatte. Die Klage wurde wegen Ablauf der gesetzlichen Frist abgewiesen.

Der nationalsozialistische Spezialist für antisemitische Hetze, Johannes von Leers, der gleichfalls in Kairo ein ihm gemäßes Betätigungsfeld gefunden hat, beschimpfte in einem Artikel über angebliche Reiseindrücke eines ägyptischen Studenten den Vorstand der jüdischen Gemeinde von Berlin, Heinz Galinski, und den Berliner Innensenator Joachim Lipschitz als „zwei von Haß gegen die Deutschen berstende Juden, die das rechtlos gemachte deutsche Volk in West-Berlin tyrannisieren“.

Der „Quell“, das Organ des von Dr. Mathilde Ludendorff geführten „Bundes für Gotteserkenntnis“, druckte den Artikel nach.

Senator Lipschitz erhob gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Quell“, den Schwiegersohn der Frau Dr. Ludendorff, Franz Freiherr von Bebenburg, eine Beleidigungsklage beim Amtsgericht Weillen.

Das Gericht sprach den Freiherrn frei; das Landgericht München gab der Berufung Folge und verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist. Es erkannte ferner auf eine Geldbuße von 1500 Mark zugunsten der Organisation „Berliner Ferienkinder“.

## Ausstellung über Nazirichter in London

Eine Ausstellung von Fotokopien biographischer Dokumente von 47 Richtern und Staatsanwälten, die gegenwärtig in der Bundesrepublik tätig sind, ist in London eröffnet worden. Die Dokumente sollen die Verbindung der betreffenden Richter und Staatsanwälte zur Nazijustiz beweisen.

## ARBEITERBANK AKTIENGESellschaft WIEN

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: 63 17 51

Zweigstellen: Wien I, Fleischmarkt, Telephon 63 91 07  
Wien IV, Rechte Wienzeile 37, Telephon 43 71 02

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 71 5 65, 71 5 06  
Innsbruck: Südtiroler Platz 14-16, Telephon 36 73  
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 48 22  
Linz: Christian-Coulins-Straße 32, Telephon 27 8 78  
Wiener Neustadt: Wiener Straße 23, Telephon 37 46

Durchführung aller Bankgeschäfte. Entgegennahme von Spareinlagen, Finanzielle Beratung

## Eine neue Dolchstoßlegende

In der Novembernummer der „AULA“, dem Organ der Burschenschaften, findet sich ein Artikel unter dem Titel „Wer begann den Bombenkrieg?“ Dieser Artikel beruft sich auf Untersuchungen, die angeblich ein „Komitee zur Wiederherstellung der historischen Wahrheit“ in Hannover angestellt hat. Es handelt sich darum, festzustellen, welche Seite als erste — die Deutschen oder die Alliierten — die Bombardierung offener Städte begonnen habe. Nun lesen wir, daß als erste die Engländer am 4. September 1939 Wilhelmshaven bombardiert hätten; dann später war lange nichts, und erst am 25. April 1940 wäre (laut deutschem Wehrmachtsbericht) die Ortschaft Sylt bombardiert worden.

Man greift sich an den Kopf. Schließlich leben wir doch in Europa, und es gibt noch Millionen Menschen, die den deutschen Überfall auf Polen erlebt haben, als gleich am 1. September 1939 zahlreiche polnische Städte von den Deutschen bombardiert und in Schutt und Asche gelegt, flüchtende Zivilisten mit Bordwaffen beschossen und massenweise getötet wurden.

So also will man in der „AULA“ Geschichte machen. In der ganzen Welt wird die Geschichte des zweiten Weltkrieges mit dem 1. September 1939, mit dem deutschen Überfall auf Polen, begonnen! Aber dieses Komitee in Niedersachsen, das „historisches“ Material für die „AULA“ liefert, beginnt den Krieg erst einige Tage später — der Überfall Hitlers auf Polen zählt nicht.

In letzter Zeit wurde sehr oft das Fehlen des Unterrichtes der Geschichte der jüngsten Vergangenheit bemängelt. Die Unkenntnis der historischen Tatsachen innerhalb der akademischen Jugend wurde bereits anlässlich zahlreicher Befragungen, auch durch den Österreichischen Rundfunk, als sehr kraß beschrieben. Nun, die „AULA“, das Blatt für die akademische Jugend, will hier anscheinend eine neue Dolchstoßlegende durch Pseudowahrheiten untermauern und eine verzerrte „Geschichte“ verankern.

## Beschlagnahme eines Negativs des „Jud-Suß“-Films in Lübeck

Die Lübecker Kriminalpolizei hat die Negative des antisemitischen Films „Jud Süß“, der im zweiten Weltkrieg unter der Regie von Veit Harlan gedreht wurde, beschlagnahmt.

Das Filmmaterial war nach Kriegsende von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und später einem westdeutschen Filmkaufmann in Lübeck-Travemünde verkauft worden. Wie verlautet, wollte der Bruder des Königs von Saudiarabien, Prinz Sultan ben Abdul Aziz al Saud, die Negative zusammen mit alten Wochenschaukopien und anderen deutschen Filmen erwerben. Der Handel scheiterte aber. Der Kaufmann bekam plötzlich Zweifel an dem Geschäft und aviserte die Kriminalpolizei, die nun zunächst die Hand auf die „Jud-Suß“-Negative legte.

Die Meldung, wonach die Lübecker Kriminalpolizei das Negativ des Films „Jud Süß“ von Veit Harlan beschlagnahmt habe, entbehrt nicht eines gewissen Interesses. Man erinnert sich nämlich daran, daß der deutsche Filmregisseur Harlan, der während des zweiten Weltkrieges im Auftrag von Goebbels den antisemitischen Propagandafilm „Jud Süß“ gedreht hatte, in einer theatralisch anmutenden Zeremonie das angeblich einzig noch für den Handel verfügbare Negativ des verpönten Filmstreifens Anfang April 1954 in einer Kiesgrube bei Zürich verbrannte. Wenn es sich nun herausstellt, daß noch ein weiteres Negativ dieses Films existiert, so verliert die damalige Geste Harlans vollends ihre vorgeschützte Bedeutung.

## Früherer KZ-Wächter muß sich für seine Untaten verantworten

Das Schwurgericht beim Landgericht München I hat gegen den 52jährigen ehemaligen SS-Hauptscharführer Richard Bugdalla aus München den Eröffnungsbeschuß erlassen, der beschuldigt wird, als ranghöchster Blockführer der sogenannten „Isolierung“ im KZ Sachsenhausen-Oranienburg aus reiner Mordlust und auf grausamste Weise 26 Häftlinge getötet zu haben.

Seine beliebteste Tötungsart war, die wehrlosen Opfer mit einem Schaufelstiel zu erschlagen oder sie mit den Stiefeln totzutreten. In einem Fall mißhandelte er gemeinsam mit zwei anderen SS-Leuten einen Häftling mit Ochsenziemern, zwang ihn anschließend, sich im Duschraum unter die Brause zu stellen und dann mit durchnässten Kleidern während eines kalten Jännertages in Kniebeuge mit hinter dem Kopf verschränkten Armen so lange in Hockstellung auszuharren, bis er tot umfiel.

In einem anderen Fall suchte der Angeklagte eine Anzahl Häftlinge aus, „um eine Maifeier mit ihnen zu veranstalten“. Sie wurden in die enge Besenkammer einer Baracke gesperrt, und dieser enge Raum, der höchstens für vier Menschen Platz bot, wurde luftdicht abgeschlossen. Am Abend waren fünf der Eingeschlossenen erstickt, die übrigen fielen beim Öffnen der Tür bewußtlos zusammen. Eine der gemeinsten Untaten, die Bugdalla verübte, war die langsame Vereisung eines Häftlings während strengster Winterkälte. Der Mann wurde einem aus einem Schlauch erzeugten Sprühregen ausgesetzt, wobei er in einer halben Stunde bereits einem Schneemann glich, aber immer noch aufrecht stand. Erst nach zwei Stunden lag er mit Eis überdeckt tot auf dem Boden.



## Hilfe für Naziopfer

Bekanntlich sind Betriebe und Unternehmungen über eine gewisse Freigrenze hinaus verpflichtet, Invalide des Ersten beziehungsweise des Zweiten Weltkrieges oder Inhaber der Amtsbescheinigung gemäß § 4 des Opferfürsorgegesetzes (Naziopfer) einzustellen. Firmen und Unternehmungen können sich jedoch von dieser Verpflichtung entbinden, wenn sie eine entsprechende Ausgleichsabgabe zahlen.

Der Initiative des Sozialministers Anton Proksch ist es zu danken, daß eine Trennung der in den bis nun gemeinsamen Fonds einfließenden Gelder erzielt worden ist. Für die Opfer des Faschismus und Nationalsozialismus, die Inhaber der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises gemäß § 4 des Opferfürsorgegesetzes sind, wurde der entsprechende Teil der Einnahmen von dem bis jetzt gemeinsamen Fonds abgezweigt. Dieser Teil wird nunmehr im Bundesministerium für soziale Verwaltung verwaltet und unter Mitwirkung der Opferfürsorgekommission verwendet.

Inhaber der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises gemäß § 4 des Opferfürsorgegesetzes sowie deren Witwen und hinterbliebene Kinder können an das Bundesministerium für soziale Verwaltung, Referat Opferfürsorge, Wien I, Stubenring 1 (Regierungsgebäude), Ansuchen richten:

- a) um eine außerordentliche Unterstützung bei besonderer Bedürftigkeit, plötzlich eingetretenen Notstandes usw. (Krankheit, Kuraufenthalt, Nachschaffung von Wäsche und Kleidern, Studienbeihilfe für Kinder);
- b) um ein langfristiges, zinsenloses Darlehen zur Schaffung einer Existenz, zum Erwerb einer Wohnung oder zur Anschaffung von Möbeln, Hausrat usw.;
- c) um laufende Studienbeihilfen (Stipendien).

Die Gesuche sind entsprechend zu begründen und die Notwendigkeit und der Verwendungszweck der Unterstützung oder des Darlehens ist entsprechend anzuführen.

In manchen Fällen können aber Gesuche um außerordentliche Unterstützungen auch an die Magistratsabteilung 12, Opferfürsorgereferat, Wien I, Schottenring Nr. 22, gerichtet werden. Um solche Unterstützungen können sich Opfer politischer Verfolgung beziehungsweise des Kampfes um ein freies und demokratisches Österreich und deren Hinterbliebene, welche in Wien wohnhaft sind, bewerben. Die Zugehörigkeit zu dem angeführten Personenkreis ist in der Regel durch den Besitz der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises gemäß § 4 des Opferfürsorgegesetzes gegeben.

Ausnahmsweise können sich auch solche Personen um eine Unterstützung bewerben, die zwar nicht Inhaber der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises sind, aber eine erhebliche gesundheitliche Schädigung nach Maßgabe der hierfür einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erlitten haben.

Die Aushilfen werden beim Vorliegen berücksichtigungswürdiger Umstände gewährt, wenn das monatliche Einkommen von Alleinstehenden 1350 S zuzüglich der Kosten für die Miete nicht übersteigt, bei Familien erhalten 1290 S zuzüglich 200 S für jeden gesetzlich

## Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

unterhaltspflichtigen Angehörigen zuzüglich der Kosten für die Miete.

Außerdem können Hinterbliebene nach einem Opfer (Inhaber der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises) oder das Opfer selbst, wenn ein Familienangehöriger verstorben ist, einen Beitrag zu den Beerdigungskosten erhalten.

Sowohl die Zuwendungen und Unterstützungen aus dem Ausgleichsfonds beim Bundesministerium für soziale Verwaltung als auch seitens der Magistratsabteilung 12 können nur im Rahmen der vorhandenen Mittel gewährt werden.

## Wiedergutmachungsleistungen für Belgier durch die Deutsche Bundesrepublik

Am 25. August 1960 sind Verhandlungen zwischen Vertretern der Königlich Belgischen Regierung und der Bundesregierung über Leistungen zugunsten der von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffenen belgischen Staatsangehörigen mit der Paraphierung eines Vertrages abgeschlossen worden. Die belgische Delegation stand unter der Leitung von Botschafter Graf de Kerchove de Denterghem, die deutsche Delegation wurde von Ministerialdirektor Dr. Janz geleitet. In dem am 25. August paraphierten Vertrag ist vorgesehen, daß die Bundesrepublik Deutschland an das Königreich Belgien den Betrag von 80 Mill. DM leistet. Der Vertrag soll alsbald unterzeichnet und sodann ratifiziert werden.

## ...und für Franzosen

Die Bundesrepublik Deutschland wird an die in ehemaligen Nazikonzentrationslagern interniert gewesenen Franzosen 400 Millionen DM Entschädigung bezahlen. Ein entsprechendes Abkommen wurde vor einiger Zeit unterzeichnet.

## Achte Novelle zum ASVG tritt in Kraft

Am 1. Jänner 1961 tritt die achte Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) in Kraft. Unter anderem bestimmt das neue Gesetz, daß nach Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen nun auch solche Arbeiterwitwen eine Hinterbliebenenrente bekommen können, deren Ehegatten bereits vor dem Jahre 1939 gestorben sind. Die betroffenen Witwen müssen die Gewährung der Rente jedoch beantragen. Wird der Antrag bis zum 30. Juni 1961 gestellt, dann gebührt die Witwenrente rückwirkend ab 1. Jänner 1961. Es liegt daher im Interesse der betroffenen Frauen, möglichst bald die Gewährung der Witwenrente zu beantragen. Da es sich bei diesem Personenkreis meist um hochbetagte Frauen handelt, wird empfohlen, gleichzeitig mit der Rente auch die Gewährung des Hilflosenzuschusses zu beantragen.

Weiter räumt die achte Novelle zum ASVG die Möglichkeit ein, daß freiwillig Weiterversicherte, die bisher die Beiträge für eine Beitragsgrundlage von 2400 S entrichteten, nun die Beitragsgrundlage bis auf 3600 S erhöhen können, sofern tatsächlich ein Einkommen in diesem Ausmaß nachgewiesen wird. Auch die Hinaufsetzung der Beitragsgrundlage für die freiwillig Weiterversicherten muß bei der Pensionsversicherungsanstalt beantragt werden. Hiefür ist eine Frist bis zum 31. Oktober 1961 vorgesehen.

## Das Sozialministerium hilft

Einem Ansuchen des 63jährigen Franz Bamberger aus Wien um Hilfe hat, wie das Sozialministerium bekanntgibt, Minister Proksch sofort stattgegeben. Bamberger, der von 1939 bis 1945 in verschiedenen Konzentrationslagern gesessen ist, hatte einige Tage vorher bei einem Brand buchstäblich seine ganze Habe eingebüßt.

Er hat nun aus den Mitteln des für Opfer des Faschismus bestimmten Fonds einen Betrag von 10.000 Schilling erhalten.

## Anklage gegen SS-Aufseher

Gegen den 56 Jahre alten Kaufmann Albert Layer aus Hannover hat der Oberstaatsanwalt in Hannover Anklage erhoben. Layer, der bereits seit dem 12. Dezember 1958 in Hannover in Untersuchungshaft ist, wird angeklagt, sich von Oktober 1941 bis Ende 1944 als SS-Aufseher in einem Konzentrationslager in Groß-Rosen (Niederschlesien) in 14 Fällen des Mordes an KZ-Häftlingen und russischen Kriegsgefangenen schuldig gemacht zu haben. Außerdem wird Layer beschuldigt, einen Häftling, der in dem elektrisch geladenen Zaun des Lagers hing, mit einer Pistole in den Kopf geschossen zu haben. In 27 Fällen soll laut Anklage Layer auch Lagerhäftlinge mit einem Knüttel, Fußtritten und mit einem Ochsenziemer so schwer mißhandelt zu haben, daß sie starben.

Beihilfe zum Mord wird Layer in einer nicht mehr festzustellenden Anzahl — mindestens aber in 261 Fällen — zur Last gelegt. Er soll Häftlinge, die durch Einspritzen und Eingaben von Gift unter Vortäuschung einer medizinischen Behandlung und durch Erschießen zur Tötung bestimmt waren, den SS-Kommandos zugeführt haben. Dabei soll er neben der Bewachung auch Dolmetscherdienste geleistet haben. In allen diesen Fällen soll ihm bekannt gewesen sein, daß die Befehle der Vorgesetzten Mordhandlungen betrafen.

In der Anklage zu den 14 Mordfällen heißt es, daß er zwei Häftlinge wegen Disziplinwidrigkeiten in einen 80 bis 100 Meter tiefen Steinbruch gestoßen habe. Auf Arbeitsstellen außerhalb des Lagers habe er bei sieben Häftlingen den Mord dadurch begangen, daß er die Mützen der Leute hinter die SS-Postenkette geworfen und die Häftlinge dann gezwungen habe, ihre Mützen zurückzuholen. Dabei seien sie von den Posten wegen Überschreitung der Postengrenze erschossen worden. Fünf russische Kriegsgefangene, die bei einem Fluchtversuch ergriffen worden seien, habe Layer laut Anklage gemeinschaftlich mit zwei anderen SS-Angehörigen so lange mit Stiefeln getreten, bis sie tot waren.

## Regierungsschulrat beurlaubt

Das baden-württembergische Kultusministerium hat den Karlsruher Regierungsschulrat Kurt Knittel bis zur Klärung von Vorwürfen beurlaubt, die das Internationale Auschwitz-Komitee gegen ihn erhoben hat. Dem ehemaligen SS-Oberscharführer wird vor allem zur Last gelegt, daß er als Schulungsleiter unter den Bewachungsmannschaften in Auschwitz aktiv die Vergasungsaktionen im Lager propagiert habe. So soll er SS-Leute, die Skrupel hatten, belehrt haben, daß selbst die Vergasung von Frauen und Kindern im Interesse des deutschen Volkes liege.

Bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft sind umfangreiche Ermittlungen gegen die 950 SS-Angehörigen der Bewachungsmannschaft von Auschwitz im Gange, wobei auch der Fall des Karlsruher Schulrates behandelt wird.

## Wieder eine Verhaftung — in Deutschland

Deutschen Justizbehörden ist es gelungen, den ehemaligen Lagerkommandanten des Lagers Kurowice bei Lemberg, Ernst Epple, zu verhaften.

Nach der Besetzung Ostgaliziens erhielten deutsche und österreichische Firmen verschiedene Bauaufträge im „Generalgouvernement“; darunter war auch die Firma Swietelsky aus Linz, die mit dem Bau der Rollbahn Lemberg — Kiew betraut wurde. Entlang dieser Rollbahn wurden Zwangsarbeitslager errichtet und jüdische Häftlinge unter SS-Bewachung zur Arbeit zugeteilt.

Ein solches Lager war auch Kurowice; dort waren acht-hundert Juden untergebracht, die unter der Leitung des technischen Personals der Firma Swietelsky beim Bau der Straße eingesetzt waren. Die Häftlinge wurden dauernd auf das schwerste mißhandelt, sehr schlecht ernährt und konnten die ihnen übertragenen Arbeiten nicht ausführen.

Der Lagerkommandant Epple zeichnete sich durch einen krankhaften Sadismus aus. Besonders gefürchtet war sein sogenannter „Humor“. So ließ Epple einmal zur Zeit der ukrainischen Weihnacht drei Juden an einem Baum aufhängen, der dicht am Kirchentor stand, nur damit der griechisch-katholische Pfarrer sich bei seinem morgendlichen Kirchgang so bücken müsse, daß er dabei seine Mütze verlieren würde.

Überlebende dieses Lagers berichteten über unfassbare Greueltaten, die Epple und sein Stellvertreter Kempka, aber auch manche damalige Angestellte der Firma Swietelsky an den jüdischen Zwangsarbeitern verübten.

## SS-Apotheker von Auschwitz verhaftet

Wie die deutsche Presse berichtet, wurde vor einiger Zeit Dr. Viktor Capesius verhaftet. Capesius war im Jahre 1944 im Rang eines SS-Hauptsturmführers und später SS-Sturm-bannführers leitender Apotheker im KZ Auschwitz. Als solcher war er auch für die sachgemäße Lagerung desjenigen „Medikaments“, welches die SS in Auschwitz in größten Mengen benötigte, verantwortlich: für das Giftgas Zyklon-B. Capesius hat auch selbst während der Aktion gegen die Ungarn jüdischen Glaubens im Frühling und Sommer 1944 Selektionen für die Gaskammern an der Rampe in Birkenau durchgeführt. Er lebte seit langem in Göppingen in Württemberg unter seinem richtigen Namen und führte dort eine Apotheke und einen Schönheitssalon. Bereits im Februar 1959 wurden die deutschen Justizbehörden auf ihn aufmerksam gemacht.

# Mau schreibt uns!

## Wir antworten!

## Paragrafen, aber nicht Menschlichkeit

Mehr als 15 Jahre sind seit Kriegsende, mehr als 5 Jahre seit Abschluß des Staatsvertrages vergangen, und noch immer warten viele Rentner (Altpensionisten) auf die Nachzahlung der ihnen für die Kriegsjahre 1938 bis 1945 gebührenden Pensionen. Freilich sind auch viele von ihnen mittlerweile gar nicht mehr am Leben.

Wir haben das Wesentliche der Forderungen und Ansprüche schon öfters in unserer Zeitung dargelegt, so daß wir sie nur in Kürze zu skizzieren brauchen. Um falsche Beurteilungen zu verhüten, erwähnen wir, daß ein Großteil der Berechtigten Monatspensionen von 90 RM bis 150 RM bezogen hatte!

Viele Aktionen des gewerkschaftlichen Pensionisten-obmannes, seine Interventionen, die Korrespondenz unseres Sozialministeriums mit deutschen Stellen — alles war fruchtlos geblieben. Um dennoch einer Lösung näherzukommen, wandte sich der Obmann der Pensionisten im Vorjahr auch an die deutsche Angestelltenorganisation; sie konnte ebenfalls kein positives Resultat erzielen. Bei dieser Gelegenheit wurde in Erfahrung gebracht, daß der Vorsitzende der Wiedergutmachungskommission, der jetzt aus der SPD ausgeschlossene frühere Abgeordnete Alfred Frenzel, einen großen Einfluß auf Regierung und Parlament besitze.

Im Verlaufe einer Korrespondenz erwies es sich auch, daß Frenzel sich alle Mühe gab, die Sache vorwärtszutreiben, und tatsächlich berichtete er im Mai, daß seine Regierung gewillt sei, einen Teil der Ansprüche beizutragen, wenn die österreichische Regierung ihrerseits ebenfalls dazu bereit sei. Durch die überraschend gekommene Verhaftung ruht momentan wieder die Angelegenheit, soweit sie Bonn betrifft.

Im Schlußsatz der Einsendung vom März 1960 hieß es: „Die Geduld der Rentner und Witwen ist zu Ende, und es bleibt nichts anderes übrig, als die Gerichte entscheiden zu lassen.“ So reichte der Obmann der Pensionisten, Genosse Oskar Passauer, am 23. Juli 1960 eine Testklage gegen die Bundesrepublik Österreich und gegen die Pensionsanstalt ein und verständigte die Gewerkschaft. Die erste Hauptverhandlung fand am 26. Oktober statt.

Gegenüber dem Einwand der Pensionsanstalt, daß das Landesgericht nicht zuständig sei, wies der Klage-anwalt auf Grund des § 354 ASVG nach, daß die Zuständigkeit gegeben ist. Beide Anwälte der Beklagten beriefen sich auf § 501/2 ASVG, der eine Nachzahlungsfrist ab 10. April 1945 festsetzt. Unser Klage-anwalt begründete die Haftung der PAFa unter Bezug auf § 1409 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches als Amts- und Rechtsnachfolgerin der deutschen RVA und der österreichischen Hauptanstalt. Was den § 501 betrifft, so steht der Abs. 2 bezüglich Nachzahlung in Widerspruch zu Abs. 1, der klar das Wiederaufleben der ruhenden Ansprüche ausspricht.

Die vom Anwalt der Finanzprokuratur bestrittene Haftpflicht des Staates ist laut OGH-Entscheidung vom 4. Februar 1960 ohne weiteres gegeben. Sie beruht auf Enteignung der Ansprüche des Berechtigten im Falle der Zahlungsverweigerung. § 365 ABGB statuiert grundsätzlichlich Entschädigungspflicht bei Enteignung.

Der Gerichtsbeschuß wird schriftlich bekanntgegeben werden.

## Strafanzeige oder Prämie für falsche Namen?

Durch die gesamte österreichische Presse ging die Meldung, daß Gestapogewaltiger SS-Obersturmbannführer Josef Kripsch sich nunmehr freiwillig der Polizei gestellt hat, nachdem seinerzeit das Verfahren gegen ihn wegen Verdachtes der Teilnahme an der Ermordung von Juden und Freiheitskämpfern eingestellt worden war. Dabei wurde bekannt, daß er 1945 in Graz untergetaucht war und dort seither unbehelligt leben konnte.

Man soll aber nicht glauben, daß Herr Kripsch, dessen Untertauchen schon ein gewisses Bekenntnis seiner Schuld darstellt, diese fünfzehn Jahre in bitterster Not in einer Höhle oder in einem Wald verbracht hat. Das ist keineswegs der Fall. Unter dem falschen Namen Bolek betätigte er sich als angesehener und gutbezahlter Einkaufsleiter der Waagner-Biro-Werke.

Was zu der Einstellung des Verfahrens geführt hat, bleibt noch ungeklärt, ebenso auch, ob dieses wieder aufgenommen wird, denn schließlich müßte ja ein Herr Obersturmbannführer zu seiner Verantwortung etwas zu sagen haben.

Jedenfalls hat sich Gestapochef Josef Kripsch durch die strafbare Handlung der Beilegung eines falschen Namens vieles erspart; er wäre in Haft genommen und das Verfahren gegen ihn geführt worden. Er hätte, statt in einem Büro Einkaufsgeschäfte abzuschließen, im Grauen Haus Muße gehabt, über die schöne Zeit nachzudenken, wo er noch einer der Mächtigen der Gestapo war.

Die Einstellung des Verfahrens und die Streichung seines Namens in den Fahndungsblättern stellt hiermit faktisch nicht mehr und nicht weniger als eine Prämiierung seiner Findigkeit dar, fünfzehn Jahre unter falschem Namen leben zu können.

Die Rechnung ist jedoch nicht ganz so aufgegangen, wie Kripsch es sich gedacht hatte. Nach seinem Auftauchen wurde eine Reihe neuer Anzeigen erstattet, welche das Wiener Landesgericht veranlaßte, gegen ihn einen Haftbefehl wegen Mordes nach dem Kriegsverbrechergesetz zu erlassen. Er steht unter dem Verdacht, im April 1945 in einem Ort bei Scheibbs in Niederösterreich an Judenerschießungen teilgenommen zu haben. Kripsch wurde nun am 21. Oktober in seiner Wiener Wohnung verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert.

Bleibt nur noch abzuwarten, ob und wann der Prozeß gegen Kripsch stattfinden... und wie das Urteil lauten wird.

## KZ Sachsenhausen sollte gesprengt werden

Im „Sachsenhausen-Prozeß“ vor dem Düsseldorfer Schwurgericht gegen die ehemaligen Angehörigen der Lagerleitung, August Höhn, Otto Böhm und Horst Hempel, kamen die Greuelthaten zur Sprache, die im Konzentrationslager und in den Nebenlagern kurz vor dem Einmarsch russischer und amerikanischer Truppen verübt wurden. Höhn sagte, in einem Himmler-Befehl sei die Lagerführung beauftragt worden, dafür zu sorgen, daß kein Häftling lebendig in die Hände der Russen oder Amerikaner falle. So sei vorgesehen gewesen, das Lager aus der Luft zu bombardieren oder die einzelnen Baracken mit den Insassen in die Luft zu sprengen.

## WIR BITTEN um Nachricht

**Elisabeth Wardeck**

Wir bitten, uns zu schreiben, falls sich jemand an Elisabeth Wardeck erinnert, die am 31. Jänner 1944 im Inquisitionsspital des LG I in Wien gestorben ist. Frau Wardeck stammte aus Grottkau (Oberschlesien) und wurde am 19. Oktober 1923 geboren. Da ein noch unmündiges Kind lebt, dessen Interessen wahrzunehmen sind, bitten wir ganz besonders, auch bei Bekannten Umfrage zu halten.

# Fahndungs Dienst



## SS-Standartenführer Jäger

Im Zuge einer Untersuchung gegen den ehemaligen SS-Standartenführer Jäger und sein Einsatzkommando, das in den Jahren 1941 bis 1942 in Litauen, insbesondere in Kowno, Vernichtungsmaßnahmen durchführte, sollen Tatzeugen ausfindig gemacht werden.

Sollte daher einer unserer Leser in der angeführten Angelegenheit nähere Angaben machen beziehungsweise Zeugen anführen können, dann bitten wir dringend um Benachrichtigung.

\*

## Wer kannte den Capo Lipinski

Das Landesgericht Dortmund sucht einen ehemaligen Capo des Lagers Gusen, namens Lipinski, und wir ersuchen alle Genossen, die aus eigener Erfahrung etwas über diesen Mann aussagen können, sich mit solchen Mitteilungen direkt an den Untersuchungsrichter, Landesgerichtsrat Dr. Alk, in Dortmund zu wenden. Auf die Aktenzahl 10 Js 140/56 wäre dabei Bezug zu nehmen.

## Eine Bitte an unsere Mitarbeiter!

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

**Ihre rechte Hand**

in allen  
Geldangelegenheiten

**ZENTRALSPARKASSE**  
DER GEMEINDE WIEN  
35 Zweiganstalten



### Ein offenes Wort zu einem Film\*)

Als Alfred Nobel das Dynamit entdeckt hatte und sah, daß es nicht nur zu friedlichen Zwecken benutzt wurde, fühlte er sich schuldig und stiftete den Friedens-Nobelpreis, um dies öffentlich zu bekennen. Als Wernher von Braun nicht nur für die US-Armee den „Explorer“ auf seine Bahn um die Erde geschickt, sondern zuvor auch Hitler das Mordinstrument V2 in die Hand gelegt hatte, ließ er sich in einem biographischen Film als wissenschaftliches Genie feiern und rechtfertigte sich nach der Münchener Premiere mit einem Seneca-Zitat: „Der Weg zu den Sternen ist hart.“

Der Film darf illustrieren, was er damit meint. Schon als Knabe haben ihn „Raketen süchtig gemacht“. Später ist er nur darum in die Partei eingetreten, weil er ohne sie seine Projekte hätte aufgeben müssen. Die V 2 konstruierte er nur gezwungenermaßen; denn was ihn allein interessierte, war die Weltraumfahrt. Und so gibt er den barbarischen Filmsatz von sich: „Ein Panther, der nach den Sternen greift, soll plötzlich im Zwinger verrecken?“ Einem Vernehmungsoffizier antwortete er: „Meine Überzeugung ist Peenemünde!“ (die Heeresversuchsanstalt, wo er, die V 2 als Tarnung benutzend, emsig an seinen Weltraumtrümmern werkelt). Doch die Propaganda möchte sich als Problemfilm garnieren. Das heißt: erst darf jener US-Offizier, Journalist im Privatberuf, Argumente gegen wertfreie Wissenschaft vorbringen, um am Ende bewundernd vor dem Genius in die Knie zu sinken. Denn „Wissenschaftler müssen für die Zukunft denken“.

Wir glauben von Braun gern, daß ihm „der Mann im Mond lieber als Hitler“ war. Darf man aber dem Mann im Mond über die Leichen von London seinen Besuch abstatten? Die Atombombe spätestens sollte uns zu Bewußtsein gebracht haben, was schon Nobel zu spüren bekam: daß es keine Wissenschaft jenseits von Gut und Böse mehr gibt (wenn es sie je in reiner Form gegeben hat). Die moderne Wissenschaft ist in totale Abhängigkeit von der Politik geraten, und so haben es ihre Vertreter, wohl oder übel, „zu verantworten, von welchen politischen Partnern sie ihre Wissenschaft bezahlen lassen“ (Walter Dirks). Weil aber von Braun einmal für die Nazis und einmal für die US-Armee gearbeitet hat, nimmt er Zuflucht bei der verdummenden Mär vom selbsterhellenden Genie.

J. Lee Thompson, der im Kamerastil des Kammerspiels Seelenkämpfe suggerieren möchte, bietet optischen Krampf: aus übergroßen Mündern holpern die Phrasen, und Jürgens tritt, entschlossenen Blicks, immer wieder zur Großaufnahme an. „Man hat das Gefühl“, schrieb Michael Lentz, „daß sich selbst der Mond hoch oben verängstigt zur Sichel krümmt.“ Th. K.

Dazu halten wir noch fest: Bei der britischen Premiere des Wernher-von-Braun-Films in London vor geladenen Gästen kam es Donnerstag, den 22. November 1960, abends zu Demonstrationen. Unmittelbar vor der Vorstellung im Leicester Square Theater, der Botschaftsbeamte, Filmprominenz sowie Wissenschaftler beiwohnten, warfen Manifestanten Flugblätter vom Balkon. In einem davon hieß es: „Die Aufführung des Films bedeutet eine Schmähung unserer Toten.“ Die Flugblätter wiesen im einzelnen darauf hin, daß durch

\*) Wernher von Braun: „Ich greife nach den Sternen.“ USA/Deutschland (West) 1960. Produktion: F. A. Mainz/C. H. Schneer. Verleih: Columbia. Regie: J. Lee Thompson. Buch: Jay Dratler. Kamera: Wilkie Cooper. Musik: Laurie Johnson. Darsteller: Curt Jürgens, Victoria Chaw, Gia Scala, Herbert Kom, James Daly, Karel Stepanek.

die deutschen V-Waffen, an deren Entwicklung von Braun arbeitete, 3000 Menschen getötet und 6000 verletzt wurden.

Der Flugzettelregen war noch nicht zu Ende, als auf der Bühne zwei Männer mit einem riesigen Transparent mit der Aufschrift „Nazi-Brauns V-2-Raketen töteten und verstümmelten 9000 Londoner“ erschienen. Als die beiden aus dem Saal gewiesen wurden, rief einer der Demonstranten „er war ein Nazi und ist noch immer ein Nazi“. Anschließend verließen mehr als ein Dutzend andere Manifestanten das Kino. Dann erst konnte die Vorstellung beginnen.

Die Polizei nahm keine Verhaftungen vor.

### Mahnmal für Ravensbrück

Am Ufer des Schwedtesee bei Ravensbrück wurde eine Gedenkstätte für die Opfer des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück eingeweiht. An der Gedenkkundgebung nahmen Frauen-Delegationen aus achtzehn Ländern teil. Die Königinmutter von Belgien, Elisabeth, sandte ein Telegramm, das den folgenden Wortlaut hat:

„Ravensbrück, Buchenwald, Dachau, Auschwitz, Brendok, die Kreise der Hölle, wo die furchtbarsten Verbrechen der ganzen menschlichen Geschichte begangen wurden, müssen für immer die Höhen des menschlichen Leidens bleiben. Von ganzem Herzen mache ich in Gedanken die Wallfahrt zu dieser Gedenkstätte, zusammen mit den von der Hölle des Lagers wunderbar geretteten Frauen, und mit ihnen vereinige ich mich tief vor dem Andenken an die Heldinnen und Märtyrer, die in Ravensbrück gestorben sind.“

Das Frauen-KZ Ravensbrück wurde 1938 durch Häftlinge errichtet. Vom Mai 1939 bis zum April 1945 wurden etwa 132.000 Häftlinge dort registriert, von denen 92.000 in Gaskammern endeten.

Das Mahnmal von Professor Willy Lammert zeigt auf einem hohen Sockel eine aufrecht schreitende Frau, die in ihren Armen eine verhungerte weibliche Elendsgestalt hält.

### Rakers neuerlich verurteilt

Wegen versuchten Mordes an einem Häftling verurteilte das Osnabrücker Schwurgericht den 54 Jahre alten ehemaligen Rapportführer und Lagerleiter des Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz, Bernhard Rakers, zu weiteren sechs Jahren Zuchthaus. Die Strafe wurde mit der 1952 wegen versuchten Mordes und Beihilfe zum Mord an KZ-Häftlingen gegen den Angeklagten verhängten Strafe von 15 Jahren Zuchthaus zu einer neuen Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus zusammengezogen. Dabei wurden die Untersuchungs- und Haftzeit und die seit 1952 auf die damalige Strafzeit von 15 Jahren Zuchthaus verbüßte Zeit angerechnet.

Von diesem Urteil bleibt das ebenfalls bereits 1952 wegen Mordes an Häftlingen über Rakers verhängte Urteil auf lebenslänglich Zuchthaus unberührt.

### Aus dem Wiener Landesverband

Wir ersuchen die Schriftführer unserer Gruppen, nicht auf das Einsenden von Versammlungsberichten und sonstigen Mitteilungen zu vergessen, die für unsere Zeitung bestimmt sind. Diese Zuschriften sollen möglichst zweizeilig — (also mit genügend großem Zeilenabstand) — geschrieben werden, weil das die Arbeit in der Setzerei sehr erleichtert. Wir bitten Euch aber wiederholt, jedes Manuskript, gleichgültig, was darin steht, stets nur einseitig zu beschreiben.

### Die Bezirke berichten:

#### Währing

**Jahresversammlung.** Die am 25. November 1960 im Arbeiterheim Währing abgehaltene diesjährige Jahresversammlung war sehr gut besucht. Die Tagesordnung lautete:

1. Berichte des Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle.
2. Wahl eines Wahlkomitees.
3. Neuwahlen.
4. Referate:

- a) in welchem Ausmaß sorgt das Sparbudget 1961 für die Kosten der 12. Novelle zum OFG.?
- b) Budget und Sozialpolitik.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Genosse Adler der verstorbenen Mitglieder. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Sitzen. Wir betrauern in diesem Jahr den Tod des Genossen Dr. Emil Blum, der als Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“ recht bekannt war, des Genossen Dir. Alois Spudich, der in der sozialistischen Lehrerbewegung in der vordersten Reihe stand, und des Genossen Fritz Kubinsky, der stets größtes Interesse für unsere Organisation zeigte.

Bei den Berichten der Gruppenleitung führte Genosse Adler unter anderem aus: Viktor Fleischmann schied aus der Leitung und aus unserer Organisation aus, was Genossen Adler und den anderen Genossen nicht ganz verständlich ist.

Nach wie vor ist der Besuch unserer Sprechabende am Freitag sehr gut. Zur Zeit sind die Anliegen betreffend des Verfolgungs- und Bombenschadenersatzgesetzes sehr aktuell. In fast allen Fällen konnten wir eine beschleunigte Erledigung veranlassen.

Als Delegierte für die diesjährige Bundeshauptversammlung in Mauthausen vertraten Genossen Margarethe Löw und Genosse Pavelka die Bezirksgruppe. Zum Treffen der Widerstandskämpfer in Mauthausen, zu der die Regierung aus Anlaß des Besuchs Chruschtschows alle Widerstandsorganisationen eingeladen hatte, führen die Genossen Adler, Slovencik, Grassinger und Schreiner nach Mauthausen.

Nach einem kurzen Bericht des Genossen Slovencik im Namen der Kontrolle wurde der scheidenden Leitung einstimmig Dank und Entlastung ausgesprochen.

Als Sprecher des Wahlkomitees machte Genosse Leopold Jurik folgenden Wahlvorschlag:

1. Obmann: Genosse Adolf Adler.
2. Obmann: Genosse Franz Pavelka.
- Kassier: Genossin Margarethe Löw.
- Schriftführer: Genosse Rudolf Grassinger.
- Kontrolle: Genosse Hans Slovencik.

Die Genossen wurden einstimmig gewählt.

Vor Beginn seines Referates dankte Genosse Adler im Namen der Gewählten für das Vertrauen.

Genosse Adler beleuchtete alle Gesetze, die Wiedergutmachungen enthalten, die Haftentschädigung, Opferfürsorge-novelle, vorerst von dem Standpunkt derjenigen aus, die bisher nicht einen Groschen erhalten haben, um dann darauf einzugehen, wo bisher nur Unzulänglichkeiten für die Geschädigten geleistet wurde. Er erläuterte eingehend den Stand der politischen Verhandlungen betreffend die materiellen Zuwendungen an die Geschädigten, die bisher unzulänglich gegeben wurden, und inwieweit die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit Deutschland die Gesamthöhe der für diese Entschädigung auszuwerfenden Beträge beeinflussen werden. Genosse Adler gab der Hoffnung Ausdruck, daß den Bemühungen unserer Organisation mit der kräftigen Unterstützung der immer stärker werdenden Sozialistischen Partei endlich innerhalb kürzester Zeit voller Erfolg beschieden sein werde.

In Verhinderung des Genossen Schreiner sprach Genosse Helm über Budget und Sozialpolitik. Sein Referat beleuchtete alle Schwierigkeiten, die bei Aufstellung des Budgets den berechtigten sozialpolitischen Forderungen entgegenstehen, wie weit diese durch die Kraft der Parteien durchgesetzt werden können und wie auch die Sozialpolitik des kleinen Österreich von der weltpolitischen Situation wesentlich beeinflusst wird. Beide Referate lösten eine lebhafte Debatte aus, an der sich die Genossen und Genossinnen Slovencik, Pavelka, Weinmann und Grassinger beteiligten.

Genossin Gottlieb brachte folgende Resolution ein, die an die beiden Regierungsparteien weitergeleitet werden soll.

Die am 25. November 1960 stattgefundene Jahresversammlung für das Jahr 1959 der Bezirksgruppe Währing des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gibt ihrer Entrüstung Ausdruck, daß 15 Jahre nach Beendigung des Krieges und fünf Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages, dessen Artikel 26 Verpflichtungen der Wiedergutmachung festlegen, eine Gruppe der von den Faschisten schwer Geschädigten bisher nicht einen Groschen und eine weitere nur unzulängliche Beträge erhalten hat. Es wäre an der Zeit, die parlamentarischen Voraussetzungen zu schaffen, daß alle bezüglichen Gesetze und vor allem die 12. Novelle in kürzester Zeit verabschiedet werden, damit die bescheidenen Wünsche der die Faschistenzeit noch überlebenden Geschädigten endlich erfüllt werden.

Nach einstimmiger Annahme dieser Resolution und nach einem Appell des Genossen Adler zur Werbung für die SPÖ und zu einem festen Zusammenhalt in unseren eigenen Reihen wurde die Versammlung geschlossen.

### Döbling

**Mitgliederversammlung.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand Dienstag, den 28. November 1960, im Parteihaus, Billrothstraße 48, unter dem Vorsitz des Obmannes Genossen Haas statt. Außer dem Bericht des Obmannes stand ein Referat des Abgeordneten zum Nationalrat Genossen Karl Mark auf der Tagesordnung.

Genosse Haas berichtete über den Stand der Wiedergutmachungsverhandlungen, die seit 1955 auf der Tagesordnung stehen. Genosse Mark führte u. a. aus: Bei Betrachtung der Budgetzahlen findet man, daß der Staat etwa ein Drittel der Ausgaben wieder an sich zieht. Der Kampf um unseren Anteil ist erschwert durch das Ringen innerhalb der ÖVP um die Nachfolge nach Raab. Ihren Beschuldigungen wegen unserer Forderungen halten wir entgegen, daß wir ihnen die Stabilisierung der Währung, die mit dem Namen Böhm verbunden ist, aufgezwungen haben.

Was Habsburg betrifft, so haben wir ihm und seinen Handlangern in der ÖVP den Weg verlegt. Die Monarchistenversammlung war Anlaß für die KPÖ, ihr geschwundenes Renommee durch einen Rummel wieder aufzufrischen. Sie haben damit den Monarchisten zu einiger Beachtung verholfen. Unsere Genossen sollen nur dem Rufe unserer Partei folgen und sich von niemandem davon abbringen lassen. Wir haben für Vollbeschäftigung und Aufrechterhaltung der Mitsprache der Arbeiterschaft zu sorgen. Der Raab-Kamitz-Kurs hat sich als schädigend erwiesen.

Für Entschädigungen sind 600 Millionen Schilling bereitgestellt. Österreich kann nicht für Forderungen aufkommen, die unter einem anderen Regierungssystem entstanden sind. Der Vorwurf Deutschlands, daß wir in unserem Lande die Ordnung nicht aufrechterhalten haben, trifft uns in keiner Weise. Unsere Vermögenswerte sind gewaltsam nach Deutschland verschleppt worden. Wir müssen einen Weg zu einem Übereinkommen finden, was jetzt etwas bessere Aussichten haben dürfte. In der Debatte sprachen die Genossen Pixner, Metzl, Pisarsky, Passauer und Droz. Genosse Haas wies auf

den KZ-Verband hin, den wir wegen seiner eindeutigen politischen Haltung verlassen haben.

Genosse Mark beantwortete zum Schluß Anfragen der Redner: „Wir dürfen den demokratischen Weg nicht verlassen und uns an gegnerischen Aktionen nicht beteiligen. Ansonsten muß Meinungsfreiheit herrschen.“ Unter starkem Beifall der Versammlung für den Redner schloß Genosse Haas die Versammlung.

## Aus den Landesorganisationen

### Oberösterreich

**Steyr. Eindrucksvolle Totenehrung.** Eine große Trauergemeinde hatte sich auch heuer am 1. November beim Krematorium in Steyr eingefunden, um der Toten zu gedenken, die Krieg und Faschismus von uns gefordert haben. Vor dem Eingang zur Feuerhalle waren Kränze der Stadt, Partei, Gewerkschaft und Freiheitskämpfer aufgebaut, und Rote Falken hatten mit ihren Fahnen Aufstellung genommen.

Die Feier wurde von der Stadtkapelle mit einem Choral eingeleitet. Dann hielt Bürgermeister Genosse Fellingner eine besinnliche Begrüßungsansprache, in der er das Streben unserer Väter um eine bessere Gemeinschaft umriß. Er schloß mit dem Gelöbniß, daß getreu dem Vermächtnis der Toten unsere große Idee hochgehalten werden wird, um allen Menschen Frieden und Freiheit zu bringen. Orgelklänge drangen aus der Feuerhalle und der Arbeiter-Sängerbund „Stahlklang“ stimmte einen Choral an.

Nach einem Gedicht, vorgetragen von einem Mädel der Roten Falken, und dem „Totengedenken“ der Stadtkapelle sprach Ing. Reichl. Es folgte ein weiterer Chor des Arbeiter-Sängerbundes „Stahlklang“. An der Feier nahmen neben Bürgermeister Fellingner unter anderem die Stadträte Nationalrat Enge und Direktor Schanovsky, Gemeinderat Prof. Radinger, Bezirkssekretär Kubanek, in Vertretung der Freiheitskämpfer Genosse Manzenreither sowie Bezirksobmann Radmoser und schließlich Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates der Steyr-Werke teil.

### Salzburg

**Salzburg.** Die Gedenkfeier beim Mahnmahl auf dem Kommunalfriedhof wurde wie alljährlich am 1. November 1960 unter Mitwirkung der Bundesbahnmusik und mit einer Gedenkrede von Landeshauptmannstellvertreter Genossen Franz Peyerl abgehalten. Die Beteiligung war in diesem Jahr viel größer als in den vergangenen Jahren.

\*

**Hallein.** Auch in Hallein wurde eine Gedenkfeier am Tage der Toten abgehalten und bei der Ehren tafel der ÖBB-Zugsförderungsleitung Salzburg ein Ehrengewinde zum Gedenken angebracht.

**Arbeiter! Angestellte!**

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

**Betriebsrat!**

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien  
werden betreut durch die

**Reise- u. Versandbuchhandlung  
des  
Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

**Kammern für Arbeiter und Angestellte**

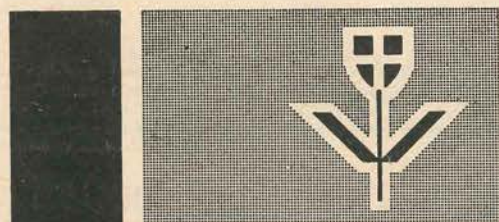
HERRN  
MARŠAL VIKTOR  
WIEN XXI/141  
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 55

**P. b. b.**

**Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.



**was  
man  
schätzt**

**schützt  
man**

**WIENER STÄDTISCHE  
VERSICHERUNG**

WIEN I. RINGTURM · TELEPHON 63 97 50

**Redaktionsschluß  
für die nächste Nummer: 7. Februar 1961**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

## Sprechstunden

### in unseren Wiener Bezirksgruppen

|                                           |                                               |
|-------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| Verdertorgasse 9 .....                    | Mo. 17 bis 18 Uhr                             |
| Praterstern 1 .....                       | Jeden 1. Di. im Monat 16 bis 18 Uhr           |
| Landstraßer Hauptstraße 41 ..             | Fr. 18 bis 20 Uhr                             |
| Wiedner Hauptstraße 60 b ....             | Mo. 18 bis 19 Uhr                             |
| Kohlgrasse 27 .....                       | Mi. 18 bis 19 Uhr                             |
| Otto-Bauer-Gasse 9 .....                  | Do. 19 bis 20 Uhr                             |
| Neubaugasse 25 .....                      | Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr          |
| 8. Josefstädter Straße 39 .....           | Do. 17 bis 18 Uhr                             |
| 9. Dreihackengasse 7 .....                | Mi. 17 bis 19 Uhr                             |
| 10. Laxenburger Straße 8/10, I. ....      | Di. 17 bis 19 Uhr                             |
| 11. Simmeringer Hauptstraße 80 ..         | Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr              |
| 12. Ruckergasse 40 .....                  | Mi. 18 bis 19 Uhr                             |
| 13. Hietzinger Hauptstraße 22 ....        | Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr    |
| 14. Linzer Straße 297 .....               | Fr. 17 bis 19 Uhr                             |
| 15. Hackengasse 13 .....                  | Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr          |
| 16. Liebhartsgrasse 56 .....              | Do. 17 bis 19 Uhr                             |
| 16. Zagorskigasse 6 .....                 | Do. 17.30 bis 19 Uhr                          |
| 17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26        | Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit   |
| 18. Gentzgasse 62 .....                   | Fr. 18 bis 20 Uhr                             |
| 19. Billrothstraße 48 .....               | Di. 17 bis 19 Uhr                             |
| 20. Raffaelgasse 11 .....                 | Do. 18.30 bis 20 Uhr                          |
| 21. Prager Straße 9, 1. Stock .....       | Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr |
| 22. Donaufelder Straße 259 .....          | Mo. 18 bis 19 Uhr                             |
| 23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 ..... | Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr              |

### in unseren Fachgruppen

|                               |               |
|-------------------------------|---------------|
| Polizei:                      |               |
| 9. Berggasse 41 .....         | Jeden 1. Do.  |
| Parterre (Hausverwaltung) ... | 14 bis 16 Uhr |

### in unseren Landesverbänden

#### Niederösterreich:

|                                                              |                                      |
|--------------------------------------------------------------|--------------------------------------|
| Mödling, Gewerkschaftsheim, Wiener Straße 2 .....            | Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr |
| St. Pölten, Bezirksleitung, St. Pölten, Prandauerstraße 4 .. | Sa. 9 bis 12 Uhr                     |

#### Burgenland:

|                                                             |                    |
|-------------------------------------------------------------|--------------------|
| Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Hauptstraße 5 ..... | Tägl. 9 bis 12 Uhr |
|-------------------------------------------------------------|--------------------|

#### Kärnten:

|                                                                                                                                    |                               |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------|
| Klagenfurt, Kammerbücherei der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnik und Genossen Eduard Goritschnig ..... | Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------|

#### Oberösterreich:

|                                                |                                           |
|------------------------------------------------|-------------------------------------------|
| Linz, Landstraße 36, II. Stock Zimmer 24 ..... | Tägl. (außer Sa.), 9 bis 12 Uhr           |
| Steyr, Damberggasse 2 .....                    | Jeden 1. u. 3. Sa im Monat, 10 bis 11 Uhr |

#### Salzburg:

Sprechstunden entfallen bis auf weiteres.

#### Steiermark:

|                                             |                   |
|---------------------------------------------|-------------------|
| Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17 .....  | Mi. 17 bis 19 Uhr |
| Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim, Kirchplatz 5 |                   |

#### Tirol:

Innsbruck, Müllerstraße 30/I, Bitte vorher telefonisch anfragen: Nr. 7 11 12.